

Parteienfinanzierung SP will mit Initiative mehr Transparenz

BERN Mit einer Volksinitiative fordert die SP die Offenlegung der Finanzen von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskämpfen. Diese Woche hat sie den Initiativtext bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereicht. Die Initiative fordert, dass die Parteien ihre Finanzen gegenüber der Bundeskanzlei offenlegen. Die Parteien sollen jährlich Bilanz und Erfolgsrechnung sowie Sach- und Geldzuwendungen von mehr als 10 000 Franken melden. Betroffen sind auch alle Wahl- und Abstimmungskampagnen, bei denen Parteien sowie natürliche und juristische Personen mehr als 100 000 Franken ausgegeben haben. Offengelegt werden müssten der Gesamtbetrag, Höhe und Herkunft von Beträgen und Eigenmittel über 10 000 Franken. Spendengelder darunter blieben anonym. Die SP Schweiz bestätigte diese Informationen des «SonntagsBlicks».

«Der Zeitpunkt ist geeignet, weil bis jetzt in keinem Wahlkampf Transparenz ein so grosses Thema war wie aktuell 2015», sagte SP-Sprecher Michael Sorg. Der aktuelle Wahlkampf sei der teuerste aller Zeiten. Zudem sei der Unmut der Bevölkerung nach der Lobbyismusdebatte im Frühling gross. Die Unterschriftensammlung soll Anfang 2016 starten. Den Abstimmungskampf will die SP jedoch nicht allein, sondern mit einem überparteilichen Initiativkomitee führen. (sda)

Journal

In der Affäre Mörgeli zieht Kathy Riklin vors Bundesgericht

BERN Eine weitere Rechtsstreitigkeit in der Affäre Mörgeli beschäftigt das Bundesgericht: CVP-Nationalrätin Kathy Riklin hat ein Urteil weitergezogen. Das hat die «SonntagsZeitung» publik gemacht. Bei der Affäre Mörgeli geht es um Kritik an der Arbeitsleistung von SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli als Leiter des Medizinhistorischen Museums an der Universität Zürich und seine Entlassung. Riklin war als Mitglied des Universitätsrats Mörgelis ehemalige Vorgesetzte. Sie soll sich zu dem Thema in der Wandelhalle des Bundeshauses gegenüber Journalisten geäussert haben. Mörgeli klagte Riklin wegen Amtsheimisverletzung an und bekam in zweiter Instanz vom bernischen Obergericht recht.

Schweizer Firmen wegen Syrienexporten verurteilt

BERN Zwei Unternehmen mit Sitz in der Schweiz sind vom Bund zu Strafen verurteilt worden. Sie hatten Luxusgüter nach Syrien geliefert und damit gegen das Embargogesetz verstossen. Über die verbotenen Syriengeschäfte berichtete die «NZZ am Sonntag». Das Staatssekretariat für Wirtschaft bestätigte den Sachverhalt. Zu der Art und der Höhe der Strafen konnte der Bund keine Stellung nehmen. Klar ist, dass die beiden Unternehmen im Jahr 2013 Luxusgüter nach Syrien geliefert hatten. Sie verstiessten damit gegen die sogenannte Syrienverordnung, die der Bundesrat im Mai 2011 – ein paar Wochen nach Kriegsausbruch – erlassen hatte.

Bundesanwaltschaft ermittelt wegen IS-Terror-Videos

BERN Wegen der Verbreitung von Propagandavideos über die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ermittelt die Bundesanwaltschaft. Sie bestätigte einen Bericht der «NZZ am Sonntag». Vor dem Abschluss steht das Verfahren gegen vier Mitglieder einer IS-Zelle in der Schweiz. Die vier Beschuldigten sollen Mitte Oktober angeklagt werden. Drei von ihnen befinden sich in Untersuchungshaft.

Visionen für den Lago Maggiore

Nicht nur Tessintouristen sind unzufrieden mit der Schifffahrt auf dem Lago Maggiore, die allein die Italiener betreiben. Weil die Konzession zwischen der Schweiz und Italien 2016 abläuft, raten Experten zur Gründung einer Tessiner Gesellschaft.

VON **CHRISTA EDLIN**

LOCARNO Schon am 12. Oktober stellt die italienische Navigazione Lago Maggiore (NLM) auf den ausgedünnten, bis am 25. Oktober geltenden Herbstfahrplan um: mit wenigen Fahrten nur auf dem Schweizer Seebecken. Das in einer Zeit, da viele Schweizer Kantone noch Herbstferien haben.

«Die Schifffahrtssaison mit regelmässigen Fahrten zu den Brissago-Inseln mit ihrem botanischen Garten endet viel zu früh. Das Angebot der Italiener ist aber auch generell zu wenig auf Touristen ausgerichtet. Es bietet kaum Eventfahrten, keine Gastronomie an Bord, Velos und Behinderte können nicht transportiert werden, und die Preise sind hoch, da das Halbtaxabo und das Generalabo (GA) nicht berücksichtigt werden», klagt Renzo Botta, Präsident des regionalen Hafens in Locarno und Beauftragter des regionalen Entwicklungsamtes des Locarnese. «Das touristische Potenzial des Sees wäre viel grösser, doch das Monopol Italiens lässt Tessiner Initiativen kaum Spielraum.»

Erfolgreicher ist dagegen die Schifffahrt auf dem Lago di Lugano, die aufgrund des Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Italien ganz von der Schweiz betrieben wird. Hier setzt die Direktion auf flexible Tarife (für Schiffe, Postauto, Bergbahnen und SBB) und punktet mit 300 Eventkursen im Jahr wie Tanz- und Konzertschiffen.

Schlusslicht Lago Maggiore

FDP-Politiker Botta hat im Hinblick auf die 2016 ablaufende Konzession an Italien eine breite Diskussion über die Schifffahrt auf dem Lago Maggiore in Gang gesetzt. Am letzten von drei Forumsabenden präsentierten Daniel Burckhardt und Pietro Beritelli von der Hochschule St. Gallen eine Studie, die der Navigazione auf dem Verbano miserable Bewertungen gibt. Sie liegt mit Note 2,22 an letzter Stelle aller Schifffahrtsunternehmen auf Schweizer Gewässern. «Die NLM nutzt das grosse Potenzial des Sees ungenügend. Sie fährt mit den ältesten, lautesten, düstersten und immissionsreichsten Schiffen aller Schweizer Seen, bietet fast nur Kursfahrten an und stellt», so Beri-



Die italienische Betreibergesellschaft wird für ihr Kursangebot auf dem Lago Maggiore zum Teil heftig kritisiert. Bild Christa Edlin

telli, «kein zentrales Ferienelement, keine Touristenattraktion dar.» Passagiere benutzten die italienische Flotte selten mehr als einmal. «Ein schwimmendes Desaster», kommentiert die Tageszeitung «La Regione».

Traum von einer Tessiner Flotte

Seit 2009 hat die NLM 25 Prozent ihrer Passagiere verloren. Reagiert hat sie darauf – ausgerechnet – mit einem Abbau des Angebots und happigen Preisaufschlägen. Die HSG-Studie rät zur Gründung einer eigenen Tessiner Gesellschaft, die die Schifffahrt auf dem Schweizer Seeteil allein betreiben könnte. Am schnellsten ginge es als Subunternehmerin der italienischen Gesellschaft NLM. Denkbar wäre auch eine eigenständige Tessiner Gesellschaft, die neben Italien eine zweite Konzession für den Schiffsbetrieb erhielt. Dazu müsste eine eigene Tessiner Flotte gebaut und finanziert werden. Kostenpunkt 2,5 bis 14 Millionen Franken.

Bern wartet auf Konzessionsgesuch

Für die Präsidentin des regionalen Entwicklungsamtes Locarno, Tiziana Zaninelli, käme vorläufig nur «eine Lösung mit einem einzigen Schiff in-

frage», einem Ökoschiff mit Hybridmotor, das zurzeit im Locarnese gebaut wird. So oder so gelte es abzuwarten, ob die italienische NLM die Konzession für das Schweizer Becken überhaupt erneuern wolle. Beim Bundesamt für Verkehr ist nämlich noch kein Gesuch Italiens eingetroffen. Am 31. Dezember läuft die Frist ab. Die Schifffahrtsdirektion in Lugano hat ihr Gesuch für den Luganensee längst eingereicht, in Bern und in Rom.

Auch im Schweizer Parlament gab und gibt es Kritik an der Schifffahrt auf dem Lago Maggiore. SVP-Nationalrat Thomas Hurter hat den Bundesrat in einer Motion bereits vor zwei Jahren aufgefordert, bei der Neuvergabe der Konzession nur Gesellschaften zu berücksichtigen, die Vergünstigungen wie das GA oder das Halbtaxabo akzeptierten. Es bestehe nun «zum ersten Mal

die Möglichkeit, Leistung, Qualität, Sicherheit und Preis auf ein vernünftiges Niveau zu heben.»

«Erstmals besteht die Möglichkeit, Leistung, Qualität, Sicherheit und Preis auf ein vernünftiges Niveau zu heben.»

Nationalrat Thomas Hurter über die Konzessionsneuvergabe

Staatsvertrag Wer auf welchem See fährt

Seit 1956 besteht ein Staatsvertrag, nach dem auf dem Luganensee die Schweiz und auf dem Lago Maggiore Italien für die Schifffahrt zuständig ist. Die Schifffahrtsgesellschaft auf dem Ceresio schreibt – obwohl sie keine Subventionen erhält – schwarze Zahlen. Jene auf dem Langensee fährt dagegen Defizite ein. Die Zahl der Passagiere hat auf beiden Schiffen in den letzten Jahren deutlich abgenommen. (ces)

Beide Vorstösse hat das Parlament noch nicht diskutiert.

Leuthard will attraktivere Offerte

Die Studie der HSG geht nun an den Tessiner Verkehrsdirektor Claudio Zahli (Legu) und an den Bund. Bundesrätin Doris Leuthard hat kürzlich bereits mitgeteilt, dass sie bei einem Arbeitsbesuch in Rom mit Italiens Transportminister vereinbart habe, die NLM werde eine attraktivere Offerte einreichen. Beide Staaten erarbeiteten bis Ende Jahr Vorschläge. Was das heisst, darüber wird im Locarnese nun gerätselt. Zuversichtliche Aussichten für die Tessiner, die von einem lebendigeren Lago Maggiore träumen.

Kampf gegen die Wahlplakatdemolierung

Kurz vor den Wahlen werden Plakate von Kandidatinnen und Kandidaten verunstaltet, angezündet und geklaut – davon betroffen sind alle Parteien. Einige Politiker haben Strafanzeige eingereicht.

BERN «Kapitalismus tötet» und «Egoist» steht auf dem Wahlplakat von Titus Meier von der FDP. Die Plakate der Partei wurden in Brugg AG systematisch mit schwarzer Farbe bespragt. «Das war eine geplante Aktion», sagte Meier. Die Täter hätten vorgefertigte Schablonen verwendet. Die Plakate hat Meier unterdessen ersetzt und Strafanzeige eingereicht. «Eine solche Sach-

beschädigung habe ich noch nie erlebt», sagte er. Das gehöre nicht zu einem «fairen politischen Austausch». Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Graubünden. Der SVP wurde eine grosse Platte, die fünf Meter lang ist, von einem offiziellen Standort geklaut. Die Partei machte eine Anzeige und setzte sogar eine Belohnung von 1000 Franken aus. «Wir haben auf solche Vorfälle bis jetzt nicht reagiert, aber diese Tat hat das Fass zum Überlaufen gebracht», sagte Valérie Favre Accola von der SVP Graubünden. Von der Belohnung erhofft sie sich Hinweise, um den Fall aufzuklären.

SP hat Probleme auf dem Land

SVP und FDP sind nicht die einzigen, die mit Vandalismus zu kämpfen haben. In den vergangenen drei Wochen sind 35 Plakate des Präsidenten

der Luzerner SP, David Roth, verschwunden. «Besonders in ländlichen Regionen kommen meine Plakate weg», bestätigte Roth.

Eine Belohnung auszusetzen, kommt für ihn nicht in Frage. Das sei reine Wahlpropaganda. Er macht mindestens einmal pro Woche eine Kontrolltour und ersetzt die gestohlenen Plakate. Das sei die einzige wirkungsvolle Massnahme, um die Randalierer zu demotivieren. Betroffen ist auch die CVP im Wallis. Sie hat Strafanzeige wegen Demolierung von Wahlplakaten eingereicht. Zudem kursieren gefälschte Wahlplakate von Nationalrat Christophe Darbellay, der gar nicht mehr kandidiert.

Ein Armutzeugnis

Die BDP meldete einen Vorfall im Kanton Bern. Im Oberaargau werden

systematisch Plakate abgefackelt und umgefahren, oder es werden die Köpfe rausgeschnitten. «Wir haben Anzeige gegen unbekannt eingereicht», sagte Nina Zosso, Generalsekretärin der BDP. Sie hätten die Aushänge neu aufgestellt, und zwölf Stunden später sei schon wieder alles demoliert gewesen. «Mich macht so etwas traurig. Das ist eine Frage des Anstandes und des Respekts», so Zosso.

In diesem Punkt stimmen alle Parteien zumindest für einmal überein: Der Vandalismus ist ein Armutzeugnis für die Demokratie. «Anscheinend haben gewisse Leute kein Unrechtsempfinden mehr», sagt Roth von der SP. Nicht mehr zu plakatieren, sei jedoch keine Lösung. Mit Plakaten würden die Wählerinnen und Wähler immer noch am effizientesten erreicht. (sda)